

Sitz und Stimme im Ständigen Sicherheitsrat anstreben. -we-

7 China und der Sudan: enge Verbindungen seit über 40 Jahren

Im Februar 1959 hatten China und der Sudan diplomatische Beziehungen miteinander aufgenommen. Nach Ägypten (1956) und Marokko (1958) war der Sudan damit der dritte Staat auf dem Schwarzen Kontinent, der sich mit der VRCh diplomatisch in Verbindung gesetzt hatte.

China hat diese frühe Annäherung zu honorieren verstanden, sei es nun politisch oder aber im Rahmen seiner Entwicklungshilfe, die, von der Außenwelt fast unbemerkt, auf überaus subtile Weise seit Jahrzehnten anhält: Es gibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Sudan bei der Öl- und Goldausbeute.

China hat dem Sudan seit den 70er Jahren überdies 780 Mio. US\$ an Wirtschaftshilfe zur Verfügung gestellt und an mehr als 30 Wirtschaftsprojekten mitgearbeitet. Die wichtigsten dieser Projekte umfassen den Bau einer „Freundschaftskonferenzhalle“ in Khartoum, eines „Freundschafts-Krankenhauses“ in Umm Dorman, einer „Freundschaftsspinnerei und -Weberei-Fabrik“ in Al-Hasahisa sowie Landstraßen und mehrere Brücken über den Nil.

Sudan versteht diese Projekte als wichtige Hilfselemente beim Aufbau der nationalen Volkswirtschaft (XNA, 25.2.99). -we-

Innenpolitik

8 Unstimmigkeiten in der Parteispitze über politische Liberalisierungsschritte

Im Politbüro hat es im Herbst 1998 zeitweilig Unstimmigkeiten über die Frage gegeben, wie man die Dissidenten-Initiative zur Gründung einer „Demokratischen Partei Chinas“ und die Registrierung gesellschaftlicher Vereinigungen politisch handhaben solle. Dies meldet die Hongkonger

Zeitschrift *Kaifang* (3.2.1999, S.10-12, nach SWB, 12.2.1999) in einem faktenreichen, sachlichen Beitrag, der sich auf Informanten im chinesischen Staatsrat (vermutlich im Ministerium für Zivilangelegenheiten) beruft, viele der Entwicklungen im zweiten Halbjahr 1998 plausibel erklärt und deshalb über die vielen sensationsorientierten, auf Gerüchte gestützten Hongkonger „Insider“-Berichte hinausgeht.

Dem Beitrag in *Kaifang* zufolge nahm Ministerpräsident Zhu Rongji eine moderate Haltung gegenüber Neugründungen von Parteien und Vereinigungen sowie in Fragen der Medienkontrolle ein und ließ Bestimmungen zur Registrierung gesellschaftlicher Vereinigungen ausarbeiten, die deutlich liberaler ausfielen als die Verordnungen, die unter dem ehemaligen Premier Li Peng vom Staatsrat erlassen worden waren (ein Gesetz über die Bildung von Vereinigungen - jieshefa - ist seit Jahren in Vorbereitung, konnte jedoch aufgrund seines politisch hochsensiblen und umstrittenen Inhalts bislang nicht verabschiedet werden). Forderungen nach politischen Reformen waren im Umfeld der KP-Zentrale seit Sommer 1997 immer wieder laut geworden.

Die von Zhu Rongji befürworteten vorsichtigen Liberalisierungsschritte trafen aber bei Li Peng (jetzt Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses) und anderen Politbüro-Mitgliedern auf Widerspruch. Von Ende Oktober an konnte Li Peng offenbar auch Staats- und Parteichef Jiang Zemin davon überzeugen, daß die von Zhu geplanten bescheidenen Liberalisierungsmaßnahmen zu früh kämen und beträchtliche politische Risiken - sogar eine „Wiederholung“ der Ereignisse von 1989 - mit sich bringen könnten. Auf einer Politbüro-Sitzung im November fiel die Entscheidung, die Dissidenten-Aktivitäten rigoros zu unterdrücken und die Hauptaktivisten vor Gericht zu stellen.

In internen Reden legte Jiang Zemin im Dezember schließlich fest, daß politische Reformen in den kommenden zwei bis drei Jahren nicht auf die Agenda gesetzt werden könnten, da zunächst eine wirtschaftliche und soziale Stabilisierung nach den Er-

schütterungen durch die Restrukturierung des Staatssektors sowie durch die „Asienkrise“ erreicht werden müsse. In der gegenwärtigen Phase aber dürften destabilisierende politische Faktoren unter keinen Umständen geduldet und müßten im Keime erstickt werden.

Zhu Rongjis Position in politisch-ideologischen Fragen ist durch diese Kontroverse geschwächt worden. Er wird sich noch stärker als bisher auf wirtschaftspolitische Fragen konzentrieren müssen, die ein hohes Risiko des Scheiterns beinhalten. Neben Jiang Zemin aber erscheinen Li Peng und dessen Vertrauter Luo Gan, der mit der Aufsicht über den Sicherheits- und Justizapparat betraut ist, als herausragende Entscheidungsträger im Bereich der inneren Sicherheit und politischen Repression.

Tief beunruhigt ist die Parteizentrale angesichts einer wachsenden Zahl sozialer Unruhen. Nach Angaben von *Kaifang* wurden 1997 landesweit rund 22.000 öffentliche Aktionen von Arbeitern (von friedlichen Demonstrationen bis hin zu gewaltsamen Ausschreitungen) registriert. 1998 soll die Zahl allein in den ersten drei Quartalen um rund 20% gestiegen sein.

Die Furcht vor einer politisch-sozialen Destabilisierung zeigte sich auch im Februar 1999, als eine gemeinsame Direktive der Ministerien für Staatssicherheit und Öffentliche Sicherheit (siehe auch die Hinweise in *Fazhi Ribao*, 22.2.1999) verbreitet wurde, in der zu einer konsequenten Vorbeugung gegen die „Sabotage feindlicher Kräfte im In- und Ausland“ im Vorfeld des 4. Juni aufgerufen wurde. -hei-

9 Verwaltungsreformen: Personalreduzierung, Laufbahnprüfungen und Gehaltserhöhungen

Die drastische Reduzierung von Personal und Organen, die bereits im letzten Jahr auf der Ebene der Zentralregierung initiiert wurde, soll nun offenbar auch auf Provinzebene in Gang gesetzt werden.

In der regierungsunmittelbaren Stadt Beijing und in der Provinz Guangdong sind zu Anfang des Jahres konkrete Pläne formuliert worden, wie das Be-

hördenpersonal um bis zur 50% reduziert werden soll und wie freigesetzte Staatsbedienstete in Positionen außerhalb der Staatsverwaltung eingesetzt werden können. (*Ming Pao*, Hongkong, 2.2.1999, nach SWB, 11.2.1999; XNA, 5.2.1999)

Darüber hinaus kommt der Aufbau des Systems der Laufbahnprüfungen für Staatsbedienstete nach Angaben des Personalministeriums seit 1995 rasch voran. 98% der Beamten seien inzwischen Überprüfungen unterzogen worden. Allein 1996 und 1997 seien daraufhin rund 24.000 Beamte aus dem Dienst entlassen oder im Dienstgrad herabgestuft worden. Alle Bewerber um offene Positionen in der Staatsverwaltung müßten Prüfungen absolvieren. Auch Soldaten und Offiziere würden von dieser Regelung nach dem Ende ihres Dienstes in der Armee nicht ausgenommen. (SCMP, 5.2.1999)

Nach Informationen der Hongkonger Zeitung *Wen Wei Po* (20.1.1999, nach SWB, 23.1.99), die über enge Verbindungen zum Propaganda-Apparat der Kommunistischen Partei Chinas verfügt, sollen die Gehälter für Staatsbedienstete schrittweise um bis zu 30% angehoben werden. Dies wäre die vierte große Gehaltsreform im chinesischen Staatsdienst nach 1956, 1985 und 1993. Aus der Reduzierung des Staatspersonals, die bislang nur auf der Ebene der Zentralregierung vollzogen ist, nun aber auf die unteren Ebenen ausgedehnt werden soll, ergäben sich Spielräume für eine solche Gehaltssteigerung, die zugleich die Bestechlichkeit unter den bislang vergleichsweise schlecht bezahlten Beamten eindämmen soll. Die Umsetzung der Gehaltsreform aber werde schwierig sein und sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. -hei-

10 Informelle Kontakte zwischen chinesischer Regierung und Dalai Lama unterbrochen

Die informellen Kommunikationskanäle, die in den letzten Jahren vorsichtige Sondierungen zwischen der chinesischen Regierung und dem Dalai Lama ermöglicht hatten (siehe C.a., 1998/6, S.593), sind in den vergangenen sechs Monaten von chi-

nesischer Seite nicht mehr genutzt worden. Dies sagte der Dalai Lama in einer Stellungnahme zur China-Politik in seinem Exilsitz im Himalaya.

Der Dalai Lama hatte große Erwartungen in eine vermittelnde Rolle der Vereinigten Staaten gesetzt. Der amerikanische Präsident Clinton hatte bei seinem China-Besuch im Juni sowie bei einem USA-Besuch des Dalai Lama im November des letzten Jahres versucht, direkte Gespräche zwischen chinesischer Regierung und tibetischer Exilführung in Gang zu bringen. Diese Hoffnung, so der Dalai Lama, erwies sich als verfrüht: „Now there is no communication, even through these informal channels, and meanwhile, the situation in Tibet is becoming much worse... I am ready to talk, anywhere, any time, without preconditions... I am not seeking independence... But 1999 is the 50th anniversary of the founding of the People's Republic and the 10th year since [the] Tiananmen Square [incident], and for the Tibetan case, the 40th anniversary. So I think the Chinese government is taking every sort of precaution.“

Der Dalai Lama wies zugleich auf wachsende Schwierigkeiten hin, gewaltbereite Kräfte in der tibetischen Exilopposition, die sich im Tibetischen Jugendkongreß sammeln, im Zaume zu halten. Im Januar hatten Mitglieder dieser Gruppe die chinesische Botschaft in New Delhi gestürmt und chinesische Fahnen in Brand gesetzt. (SCMP, 15.2.1999) -hei-

11 Ehemaliges ZK-Mitglied auf offener Straße ermordet

Der 70jährige Zou Jingmeng, Mitglied des Ständigen Ausschusses der Politischen Konsultativkonferenz und ehemaliges Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, ist am 22. Februar vor einem Beijinger Hotel ermordet worden. (SCMP, 25./27.2.1999)

Zou Jingmeng, der jüngere Bruder des ehemaligen Stellvertretenden Premierministers und heutigen Stellvertretenden NVK-Vorsitzenden Zou Jiahua, wurde auf dem Weg zu seinem Dienstwagen von drei Tätern mit mehreren Messerstichen getötet. Die Täter entkamen in einem Fluchtwagen, offenbar ohne - wie zunächst gemel-

det worden war - ihr Opfer auszurauben. Deshalb wurde in den Tagen nach der Tat auch darüber spekuliert, ob es sich bei dem Überfall um einen Auftragsmord gehandelt habe, der im Zusammenhang stehen könnte etwa mit der Begleichung alter politischer Rechnungen oder aber mit Verwicklungen Zous in die Wirtschaftskriminalität.

Vor drei Jahren war einer der Stellvertretenden Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses, Li Peiyao, von einem Wachpolizisten umgebracht worden, als er diesen bei einem Diebstahlversuch erappte. Der Mord hatte damals zu einer umfassenden Reorganisation in der Führung der Bewaffneten Volkspolizei geführt. -hei-

12 Unruhen, Massenverhaftungen und Exekutionen in Xinjiang

Die Xinjianger Rechtsordnungszeitung (*Xinjiang Fazhi Ribao*) hat im Februar mehrfach über die Unterdrückung separatistischer Untergrundorganisationen insbesondere im Bezirk Ili und in der Stadt Yining berichtet, die 1997 und 1998 von einer Serie blutiger Unruhen und Attentate erschüttert wurden. (*Ming Pao*, Hongkong, 2.2.1999, nach SWB, 3.2.1999; SCMP, 2./6./27.2.1999; NYT, 5.2.1999)

Nach Angaben des Bezirkspolizeichefs wurden in der Ili-Region 1998 „mehrere hundert Terroristen“ festgenommen. Zur Sicherung der öffentlichen Ordnung in der Unruhe-Region war eine tausend Mann starke Einheit der Bewaffneten Volkspolizei in die Stadt Yining verlegt worden.

Ende Januar 1999 wurden dort zwei führende Aktivisten einer uighurisch-separatistischen Untergrundorganisation nach einem Schauprozeß hingerichtet. Den beiden wurde vorgeworfen, im Laufe der letzten Jahre mehrere Unruhen mitorganisiert und Terrorakte verübt zu haben, die sich gegen Regierungsorgane in Xinjiang richteten.

Außerhalb des Bezirks Ili wurden fünf Mitglieder einer uighurischen Untergrundgruppe im Zusammenhang mit der Ermordung eines Dorfparteikaders Ende des letzten Jahres festgenommen. In der Umgebung Kaschgars sol-

len mehr als 80 Personen verhaftet worden sein, wo es im letzten Jahr zu 15 Bombenattentaten kam. In Ürümqi wurden 1998 laut Behördenangaben 132 Terroristen, religiöse Extremisten und Separatisten inhaftiert. Die Polizeizusammenarbeit mit dem Nachbarland Kasachstan scheint inzwischen so weit zu gehen, daß bereits vier Personen ausgeliefert worden sein sollen, die von den chinesischen Behörden als Terroristen gesucht wurden.

Laut Amnesty International wurden viele Verhaftungen im Bezirk Ili willkürlich durchgeführt, auch soll es häufig zu Folterungen in Verhören gekommen sein. Einige Uighuren sollen lediglich deshalb inhaftiert worden sein, weil sie mit mutmaßlichen Untergrundaktivisten verwandt seien. Die Massenverhaftungen der Sicherheitsorgane hätten die ethnischen Spannungen in der Region weiter verschärft. -hei-

13 Dissidenten gründen weitere Zweigstellen der „Demokratischen Partei Chinas“

Im Februar haben 18 Dissidenten fünf weitere regionale Ableger der verbotenen „Demokratischen Partei Chinas“ (für die Provinzen Hebei, Henan und Liaoning sowie in den Städten Xi'an und Huanggang) gegründet und damit der staatlichen Repression zu trotzen versucht. Seit Juni 1998 sollen laut Dissidenten-Angaben 27 Zweigstellen der Oppositionspartei mit insgesamt zwei- bis fünfhundert Mitgliedern bzw. Sympathisanten (die Angaben schwanken stark) zumindest kurzzeitig etabliert worden sein.

Im Dezember waren vier der wichtigsten Aktivisten, die sich seit Juni 1998 um die Etablierung einer landesweit operierenden Oppositionspartei bemüht hatten, zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Drei weitere Aktivisten befinden sich noch in Untersuchungshaft. (IHT, 5.2.1999)

Auch bei den jetzt bekannt gewordenen Aktivisten der „Demokratischen Partei Chinas“ handelt es sich offenbar überwiegend um „Dissidenten-Veteranen“, die bereits im Zusammenhang mit früheren politischen Aktivitäten Gefängnisstrafen absitzen mußten und seitdem politisch stigmatisiert sind. -hei-

14 Mehr als die Hälfte der ländlichen Parteimitglieder ist dem „Aberglauben“ verfallen

Die parteinahe Chinesische Vereinigung für Wissenschaft und Technologie hat in einer Umfragestudie festgestellt, daß mehr als 50% der Parteimitglieder in ländlichen Regionen „abergläubischer“ Praktiken anhängen. Für die Studie waren 3.000 Personen in 30 Provinzen Chinas befragt worden.

Viele Partei- und Staatskader und selbst technisches Leitungspersonal griffen mehr oder weniger regelmäßig auf Wahrsagerei, rituelle Opfergaben oder die traditionelle Geomantik (*fengshui*) zurück, um sich ihres Weges zum Glück zu versichern. Manche leitende Kader propagierten diese Praktiken sogar offen gegenüber der dörflichen Bevölkerung.

Die Vereinigung für Wissenschaft und Technik stellte insgesamt eine rasche Zunahme der Akzeptanz „abergläubischer“ Praktiken fest. Diese Tendenz wird auch durch andere spektakuläre Meldungen bestätigt. So errichteten etwa jüngst Bauern in den Gebieten, die im letzten Jahr von schweren Überschwemmungen getroffen worden waren, Tempel zu Ehren Mao Zedongs, weil sich die buddhistischen Gottheiten nicht als hilfreich gegen die Naturkatastrophen erwiesen hätten. (SCMP, 10./19.2.1999; XNA, 18.2.1999)

Eines der erstaunlichen Phänomene, das Chinas städtische Gesellschaft erfaßt hat, ist die buddhistische Falun-Gong-Bewegung um Li Hongzhi, der inzwischen Dutzende Millionen Chinesen anhängen sollen. Mit deutlich chiliastisch-endzeitlichen Untertönen versprechen Qigong-Meister Li Hongzhi und seine Anhänger die Erlösung aus einer Welt des Verfalls durch Selbstkultivierung innerer Energien. Meister Li residiert inzwischen in den Vereinigten Staaten und hält in China keine Massenveranstaltungen mehr ab. Seine Bücher sind in China offiziell verboten worden, finden aber in Form von Raubkopien weiterhin reißenden Absatz. Selbst unter Spitzenkadern der Kommunistischen Partei soll es Anhänger der Lehren von Li Hongzhi geben. (SZ, 4.2.1999) -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jh.

Der Staatsrat hat kürzlich einen Aktionsplan für den Aufschwung des Bildungswesens im 21. Jahrhundert (*Mianxiang 21 shiji jiaoyu zhenxing xingdong jihua*) gebilligt. Ziel dieses Aktionsplans ist es, Chinas „sozialistische Modernisierung“ und insbesondere die Strategie, daß Wissenschaft und Bildung das Land zur Blüte führen sollen, zu verwirklichen. Dazu wird es als notwendig erachtet, daß die ganze Gesellschaft dem Bildungswesen größte Aufmerksamkeit widmet und die Regierungen aller Ebenen der Entwicklung der Bildung prioritäre Bedeutung beimessen.

Im einzelnen nennt der Aktionsplan folgende konkrete Ziele:

Bis zum Jahr 2000

- Einführung der neunjährigen Schulpflicht, Abschaffung des Analfabetentums sowie nachdrückliche Verfolgung qualitativer Bildung;
- Verbesserung der beruflichen Bildung und der Weiterbildung, um den neu auf den Arbeitsmarkt drängenden Arbeitskräften in den Städten und auf dem Lande sowie den Berufstätigen überall jede Form von Bildung und Weiterbildung zu ermöglichen;
- stetiger Ausbau der Hochschulbildung mit dem Ziel einer Hochschulzugangsrate von rund 11%;
- Ausbildung hochqualifizierter Fachleute mit innovativen Fähigkeiten;
- Stärkung der wissenschaftlichen Forschung an den Hochschulen, die Beiträge für die wirtschaftliche Entwicklung leisten sollen, insbesondere auf den Gebieten Hochtechnologie und neue Technologien;
- Intensivierung der Reform.